

Annoucen-Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. F. Alrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei F. Streifand, in Mezeritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung. Zweiundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei C. F. Haube & Co., Haasestein & Vogler, Rüdolph Hoffe. In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Invalidendank“.

Nr. 757.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 29. Oktober.

Inserate 20 Pf. die jedespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklame verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1879.

Die Thronrede.

In unserem letzten Abendblatte und weiter unten unter den Telegrammen ist die Thronrede, mit welcher heute der Landtag eröffnet wurde, ihrem ganzen Inhalte nach, mitgetheilt.

Die Darlegung der Finanzen, welche sie giebt, läßt keinen Zweifel darüber, daß die Regierung selbst von der Zoll- und Steuerreform eine rasche Wirkung nicht erwartet. An den direkten Steuern wird zunächst Nichts geändert werden, dagegen werden neue Steuern angekündigt und eine neue Anleihe zur Deckung der Bedürfnisse des laufenden Jahres für notwendig erklärt.

Die Art, wie von der Einführung des Staatsbahnsystems die Rede ist, läßt den festen Entschluß der Regierung erkennen, in diesem Punkte ihr Programm durchzuführen, ebenso aber auch die Zuversicht, daß ihr dies gelingen werde. Der Beschluß des Landtags über die zunächst vorzulegenden Ankaufsverträge mit einzelnen Eisenbahngesellschaften wird also zugleich über das System entscheiden. Die Regierung will allmählich alle Bahnen erwerben und auch die neuen, deren Ausführung sie in Aussicht stellt, unter diesem Gesichtspunkte bauen lassen, nämlich entweder direkt durch den Staat oder mit dessen Unterstützung.

Setzt der Plan der Regierung bezüglich der Eisenbahnen die Verwilligung außerordentlich großer Mittel voraus, so ebenfalls die in Aussicht genommene umfassende Verbesserung der Wasserstraßen.

Erfreulich klingt die Verheißung der weiteren Durchführung der Verwaltungsreform im ganzen Umfange der Monarchie, sowie der Ausdehnung der Verwaltungsgerichtsbarkeit auf alle Provinzen. Freilich ist dabei auch von einer Revision der bereits bestehenden bezüglichen Gesetze die Rede, soweit dieselben bei ihrer Handhabung Mängel erkennen ließen. Es wird sich nun fragen, in welchem Sinne diese Revision vorgenommen werden soll; daß dies im liberalen Sinne oder nur mit vorwiegender Berücksichtigung der liberalen Forderungen geschehen wird, danach sieht die Gegenwart allerdings nicht aus.

Ein deutsch patriotischer Ton wird ange schlagen, indem die neuen Justizgesetze erwähnt und als vorzügliches Förderungs mittel zur Herstellung eines einheitlichen deutschen Reiches bezeichnet werden.

Der Schluß der Thronrede spricht die Erwartung aus, daß die gemeinsame Arbeit an den hochwichtigen Aufgaben der Session auch den inneren Frieden fördern werde, aus welcher Wendung sich entnehmen läßt, daß der äußere neuerdings als gesichert gilt.

Beachtung verdient, daß der soviel Aufregung verursachenden Vorgänge auf dem Gebiete des Schulwesens und der kirchlichen Frage mit keiner Sylbe gedacht ist.

Der ganze Ton der Thronrede ist offenbar auf Beschwichtigung angelegt, was freilich auch aus der Thatsache heraus sich motiviren läßt, daß die Hoffnungen derer, welche von der Zoll- und Steuerreform eine rasche Besserung der wirtschaftlichen Zustände und der Staatsfinanzen erwarteten, sich als trügerisch und die skeptischen Aeußerungen der Gegner sich als begründet erwiesen haben.

Mehr als bei früheren Thronreden ist es hinsichtlich der gegenwärtigen gerathen, mit einem definitiven Urtheile zurückzuhalten, bis die maßgebenden der angekündigten Vorlagen ihrem Inhalte nach bekannt werden; erst dann wird es sich absehen lassen, nach welcher Richtung die nächste Entwicklung des Staates von der Regierung gedacht ist, ob im Sinne eines, wenn auch langsamen und überaus vorsichtigen Fortschritts, oder ob wir am Beginn einer grundsätzlich reaktionären Aera stehen. Wahrscheinlich wird die Regierung selbst ihr Verhalten davon noch abhängig machen, ob eine gemäßigt liberal-konservative Mittelpartei von hinreichender Stärke zu Stande kommt, oder ob es bei der durch das Wahlergebnis ursprünglich in Aussicht gestellten liberal-konservativen Mehrheit sein Bewenden hat. H. B.

Die Preise für Getreide und Nahrungsmittel in Preußen während des Monats September 1879.

Durch langjährige Beobachtungen ist es, wenn auch nicht als unumstößliches Gesetz, so doch als häufig zutreffende Regel festgestellt worden, daß die Preise der Körnerfrüchte im August von dem hohen Stande, den sie vor der Ernte erreichten, zurückgehen, um dann im September bereits wieder eine aufsteigende

Bewegung zu beginnen. Im laufenden Jahre war die Entwicklung eine andere; es wurden im August allgemein höhere Preise gemeldet als im Juli, worauf dann im September für Weizen und Hafer weniger, für Roggen und Gerste dagegen mehr gezahlt wurde als im August. Die Preise gingen im September für 100 Kg. Weizen von 20,3 M. auf 20,1 M., für 100 Kg. Hafer von 14,3 M. auf 13,6 M. zurück, stiegen dagegen für 100 Kg. Roggen von 14,4 M. auf 14,7 M. und für 100 Kg. Gerste von 14,6 M. auf 15,2 M. Diese Bewegung der Roggen-, Gerste- und Haferpreise war fast ausnahmslos in allen Provinzen zu beobachten, dagegen blieb der Rückgang der Weizenpreise auf die Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau und Rheinland beschränkt, während in Brandenburg, Pommern, Posen und Schlesien auch diese Frucht im September höher bezahlt wurde.

Die Preise der Kartoffeln sind im September von 6,10 auf 5,95 M. für 100 Kg. zurückgegangen.

Nähere Auskunft über den Preisstand im September d. J., ertheilt folgende Uebersicht. Im Mittel wurden gezahlt:

Table with columns for 'in den Provinzen', 'für 100 Kilogramm', and 'für 1 Kilogramm'. Rows list various commodities like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen, Speisebohnen, Linsen, Kartoffeln, Stroh, Heu, Rindfleisch, Schweinefleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Speck, Butter, Schweinefleisch, Eier, Weizenmehl, Roggenmehl, Javareis, mittlere Javafäsee, gelber Javafäsee (in gebr. Bohnen).

Deutschland.

+ Berlin, 27. Oktbr. Der „Pester Lloyd“ bestätigt die Angabe der „Köln. Ztg.“, daß zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler betreffs der veränderten Stellungnahme zu Rußland, anfangs kein Einverständnis herrschte, aber er verlegte die Herstellung des Einverständnisses in viel frühere Zeit, als dies die bekannten Enthüllungen der „Köln. Ztg.“ thaten.

Vollständig richtig ist es, schreibt der „Pester Lloyd“, daß die Nothwendigkeit einer gemeinsamen Sicherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns vor den Zukunftsplänen der russischen Panlawisten vom Kaiser Wilhelm nicht in demselben Maße, wie von dem Fürsten Bismarck erkannt wurde. Unser berliner Korrespondent hat uns vor zwei Tagen gemeldet, daß diese Meinungsverschiedenheit den Fürsten Bismarck bewogen hat, in aller Form seine Demission zu geben, und wir können diese Meldung durch die weitere Angabe ergänzen, daß die Ueber sendung dieses Demissionsgesuches in die Zeit des gasteiner Aufenthaltes des Fürsten Bismarck gefallen ist. Der deutsche Kanzler hatte jedoch in diesem Falle seine Demission nicht einfach zurückgenommen, wenn es ihm nicht geglückt wäre, den Kaiser

Wilhelm zu seiner in der Lage der Dinge wohl begründeten Anschauung herüberzuführen. Dies ist gelungen durch jenes Bismarck'sche Memorandum, von dem in den Blättern wiederholt die Rede gewesen und das, wie mehrfach versichert wurde, durch die Enthüllung von Thatsachen nicht weniger als durch die Kraft der Argumentation zu wirken mußte. Ehe Bismarck Gastein verlassen und den Weg nach Wien angetreten hatte, mußten die Differenzen zwischen seinen Anschauungen und jenen des Kaisers schon beglichen sein. Fürst Bismarck wäre wohl auch kaum nach Wien gekommen, wenn er dort nicht als Bevollmächtigter des Kaisers Wilhelm im ganzen und vollen Sinne erschienen dürfte. Nach alledem dünkt es uns wenig wahrscheinlich, daß die Frictionen zwischen dem Kanzler und dem Berliner Hofe auch nach der Rückkehr des Fürsten Bismarck von Wien ihre hemmenden Einflüsse ausgeübt haben. Wir wissen nicht, ob die Wiener Abmachungen einer formellen Genehmigung seitens der Souveräne bedurft haben, allein die Darlegung des Sachverhaltes, wie sie oben gegeben ist, führt mit Nothwendigkeit zu dem Schlusse, daß, wenn auch heute noch, vier Wochen nach den Wiener Abmachungen, zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck so wesentliche Differenzen über die Hauptrichtung der auswärtigen Politik bestehen würden, wie sie zur Zeit des gasteiner Aufenthaltes des Fürsten vorhanden waren, dieser Widerspruch nicht blos in leichten Frictionen, sondern in sehr gewaltigen Erschütterungen zum Ausdruck gelangen mußte und zumindest die Folge gehabt hätte, daß Fürst Bismarck die Reise nach Varsin nicht als Kanzler des deutschen Reiches angetreten hätte.

Wir müssen gestehen, daß uns die Mittheilungen des „Pester Lloyd“ von größerer innerer Wahrscheinlichkeit in einigen Punkten erscheinen als diejenigen der „Köln. Ztg.“ und der „Grenzboten“. Vielleicht hat der Kultusminister die Güte sich demnächst wieder als „Redeminister“ über das Verhältniß der Mittheilungen des „Pester Lloyd“ zu denen der „Köln. Ztg.“ näher zu äußern. — Ein offizieller berliner Artikel in der „Pol. Kor.“ läßt sich wie folgt vernehmen:

In Folge der Rede Lord Salisbury's war es nothwendig geworden, die Andeutungen, welche bisher über das wieder Abkommen gegeben worden waren, präziser zu gestalten. Schon vor Wochen war ausgesprochen worden, daß dieses Abkommen in einer Form vorliegt, aus welcher im gegebenen Falle und bestimmten Eventualitäten gegenüber ein Vertrag leicht entwickelt werden kann. Ebenso war es engeren Kreisen kein Geheimniß, daß der Kaiser seine Zustimmung nur sehr zögernd ertheilt habe. Es bleibt zu bedauern, daß über diesen Umstand allerlei Darstellungen mit erschlichlich mangelnder Authenticität in die Presse gebracht werden. Kaiser Wilhelm hat im Laufe seiner Regierung den Interessen seines Landes und Reiches gar manches Opfer seiner Ueberzeugung gebracht, und eine Erinnerung an das verfallene Telegramm vom 27. Februar 1871 an Kaiser Alexander und an dessen Erwiderung genügt wohl, um darzuthun, daß der Kaiser nur durch Gründe schwerwiegendster Art bestimmt worden ist, einem Abkommen seine Genehmigung zu geben, welches an sich zwar noch keine Frontstellung gegen Rußland bedeutet, aber doch immerhin auf der Voraussetzung der Möglichkeit der Nothwendigkeit einer solchen beruht. Die Art und Weise, in welcher Lord Salisbury sich über jenes Abkommen ausgesprochen und dafselbe als einen Triumph der englischen Politik dargestellt hat, kann freilich die Empfindungen, welche in unserem Kaiser lebendig sind, nur verstärken.

Von eingeweihter Seite wird neuerdings bestätigt, daß der Vertrag in der That während der Anwesenheit des Grafen Stolberg in Baden-Baden vom Kaiser unterzeichnet worden. Was die Zweifel anlangt, ob ein wirklicher Vertrag oder wie späterhin berichtet wurde, nur ein Protokoll den beiden Kaisern zur Unterschrift vorgelegt ist, so wird darauf hingewiesen, daß Protokolle von Souveränen schon wiederholt unterzeichnet worden sind, ja daß sogar wichtige internationale Verträge die Bezeichnung Protokoll führen, z. B. das londoner Protokoll von 1852 über die Frage der Elbherzogthümer, das londoner Protokoll von 1878 über den Frieden von San Stefano zc. Würde man also dem Vertrage vom September-Oktober d. J. einfach den Titel „Wiener Protokoll“ beilegen, so wäre der Zwiespalt gelöst.

△ Berlin, 27. Oktober. [Eisenbahngelengenheiten.] Die in letzterer Zeit eingetretenen Eisenbahnunfälle haben Anlaß zu Aeußerungen gegeben, als habe die Sicherheit des Betriebes auf den Eisenbahnen in bedenklicher Weise abgenommen. Dem gegenüber wird darauf aufmerksam gemacht, daß allmonatlich Nachweisungen, welche nach dieser Richtung vollkommen Aufschluß geben, auf Grund sorgfältig kontrolirter Angaben im Reichseisenbahnamt zusammengestellt und regelmäßig im „Reichsanzeiger“ zum Abdruck gebracht werden. Es geht daraus hervor, daß vom Monat April d. J. ab im Vergleich mit den entsprechenden Monaten des Vorjahres, welches gleichfalls als günstig bezeichnet werden kann, die Zahl der Verunglückungen in erfreulicher Weise abgenommen hat, und zwar im April um 6,3 pCt., im Mai um 22 pCt., im Juni um 20 pCt., im Juli um 33,6 pCt., im August um 12,3 pCt. und im September um 3,7 pCt. Dieses Ergebnis ist wohl geeignet, die wohl nur irrthümlich unter dem Eindruck eines Einzelfalles hervorgerufenen Besorgnisse zu zerstreuen. Es besteht übrigens die Einrichtung, daß die deutschen Bahnen periodisch von besonders dazu ernannten Kommissaren revidirt werden. Die Untersuchungen erstrecken sich auf den Zustand des Planums, den Oberbau, das Schienengefüge, die Lage der Kurven, die einzelnen Bauobjekte und die Signaleinrichtungen, kurz auf alle Theile der Bahnen, welche für die Sicherheit des Betriebes in Betracht kommen. Auch ist Vorsorge getroffen, daß die über den Revisionsbefund aufgenommenen Protokolle insbesondere auch zur Kenntniß der Reichsaufsichtsbehörde gelangen. Durch Kommissare













